

Nachruf auf ein Experiment

Richard Jilka

Die Koalitionsregierung der vergangenen vier Jahre wurde von einigen ihre Gegner als rot/grünes Experiment bezeichnet, um sie nach 16 Jahren christ/liberaler oder schwarz/gelber Regierungszeit als riskantes Zwischenspiel abzuqualifizieren. Nun gilt diese Experiment als gescheitert. Aber war es überhaupt ein Experiment? Oder war es bloß die Fortsetzung der Politik Kohl, des „weiter so Deutschland“ mit etwas anderen Akzenten und gewandeltem Äußeren, damit es um so gewisser weiter so gehen kann? Unter dem Motto vom sozialen und ökologischem Umbau der Gesellschaft hätte es vielleicht ein zukunftsweisendes Experiment geben können. Denn klar war und ist, daß der Komplex sozialer, ökonomischer und ökologischer Probleme nicht durch einzelne Maßnahmen, sondern nur mit einem alle diese Politikfelder verbindenden, ihre Sachfragen und Interessen über das jeweilige Ressort hinaus vernetzenden Konzept erfolgsversprechend angegangen werden können. Doch für Experimente sind die Deutschen bekanntlich nicht zu haben. Entsprechend war nach der Bundestagswahl von 1998 zwar Erleichterung über die Ablösung des alten Kanzlers, aber keine Euphorie des Aufbruchs zu spüren. Es ging kein Ruck durch die Gesellschaft. Es gab keinen Aufbruch.

Trotz ihrer großen Mehrheit, als die neue Regierung nicht bloß eine wohlwollend abwartende Bevölkerung, sondern zunächst auch noch die Bundesratsmehrheit hinter sich hatte, ging sie zögerlich und anfänglich mit handwerklichem Ungeschick an ihre Arbeit. Im Amt wurde ihr bald das ganze Ausmaß der Misere der öffentlichen Haushalte klar. Es gab so gut wie keinen Gestaltungsspielraum. Das war sie, die Erblast der Regierungen Kohl. Und diese Erblast wog schwer, man kam aus dem Schatten des Kanzlers der Einheit nicht heraus. Mehr als Akzente konnte die neue Regierung nicht setzen. Also beschränkte sich der gesellschaftliche Umbau auf verhältnismäßig Kosten neutrale Gesetze wie z.B.: Homosexuellenehe, doppelte Staatsbürgerschaft oder Einwanderung, wie die Schlagworte hießen, hinter denen sich wenig umwerfende Neuerungen verbergen. Lange anstehende Reformen bezüglich Steuern, Gesundheit, Sozialversicherungssystem, dem Umdenken in der Landwirtschaft und im Verbraucherschutz nach Katastrophen oder die umstrittene Hochschulreform verliefen in den seit eh und je gewohnten Bahnen. Ansätze zu grundlegenden Reformen wurden im Vorfeld von der Politik zerredet, von den Interessengruppen und Besitzstandwahren medienwirksam verwässert, also sabotiert. So sind nun mal die Spielregeln in unserer Republik. Jede wirkungsvolle Veränderung greift Besitzstände an, dafür sind die Deutschen nicht zu haben. Schließlich wurden dann wie üblich doch 1 oder 2 % von hier nach dort verschoben. Mehr Spielraum schien es nicht zu geben. Auch hatten sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu Ungunsten der Regierung geändert, obwohl der neue Kanzler – im Gegensatz zu seinem Vorgänger –

damit umzugehen verstand und sich seine Mehrheiten zu schaffen wußte; allerdings zu dem Preis, seine ohnehin bescheidenen Vorhaben noch weiter abzuschleifen.

Das Management der anstehenden Tagespolitik absorbierte alle Kräfte der neuen Mehrheit. Für den gesellschaftlichen Umbau blieben weder die finanziellen Mittel noch Zeit oder Kraft; in den Terminkalendern und auf den Schreibtischen türmten sich aufdringlichere Fragen. Es gab keinen Ansatz zu einem Experiment. Dies gehört zu der Tragik dieser Regierung; – soweit man überhaupt in der Politik von Tragik, vom schuldlos schuldig werden, von unauflösbaren Widersprüchen also sprechen darf. Grundlegende Neuerungen, den Umbau der Gesellschaft, den Aufbruch zu neuen Ufern hatte man sowieso nicht erwartet. Aber was dann kam, war für eine irgendwie doch noch „linke“ Regierung tragisch.

Es gab keinen Gestaltungsspielraum für gesellschaftspolitische Neuansätze. Nachdem die Bestandsaufnahme der überschuldeten Kassen gemacht worden war, war Sparen angesagt. Gerade diese Regierung sah sich dazu gezwungen, so drastisch zu sparen, wie es bisher keine Bundesregierung gewagt hatte. Wie notwendig und mutig dies auch sein mag, die Wähler dieser neuen Mehrheit hatten sich anderes erhofft. Das Verständnis der traditionellen Klientele der Regierungsmehrheit für die Sparmaßnahmen wurde und wird arg belastet, nicht wenige werden sich verprellt und in ihren Hoffnungen getäuscht fühlen.

Gerade diese Regierung, zu deren Mehrheit im Parlament leibhaftige Pazifisten gehören, die für manche Kritiker als regierungsunfähig galten, weil sie in früheren Jahren den Austritt aus, ja sogar die Auflösung der NATO befürworteten, mußte vom Start weg – auch wenn es eine Polizeiaktion genannt wurde – Krieg führen. Niemals vorher wurden so viele Soldaten der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes in Krisen- und Kriegsregionen eingesetzt wie unter dieser Regierung. Die Bundeswehr erreicht die Grenze ihrer Belastbarkeit. Nach dem 11. September schickt man deutsche Soldaten, angeblich aus Solidarität mit Amerika, sogar ans anderen Ende der Welt, nach Afghanistan, sogar mit echten Kampfeinsätzen, über die man verschämt schweigt. Die Bundesmarine kreuzt ohne viel Aufsehen am Horn von Afrika und niemand weiß, was kommen wird. Sollte dies nicht wenigstens für die Bündnisgrünen tragisch sein? Statt Bürgerrechte und Freiheit zu fördern, müssen sie in Folge des Septembers drastischen Gesetzen zur inneren Sicherheit zustimmen, die vermutlich nicht mehr mit dem Menschenbild des Grundgesetzes vereinbar sind; aber wo kein Kläger, da kein Richter.

Die Arbeitslosigkeit, angeblich die wichtigste Aufgabe der Regierung, an der sie sich seinerzeit messen lassen wollte, war, nach anfänglichem konjunkturbedingtem Rückgang, am Ende der Legislaturperiode, ebenfalls konjunkturbedingt, so hoch wie an ihrem Beginn. Diese irgendwie doch noch „linke“ Regierung machte bloß liberale Arbeitsmarktpolitik. Man versprach und hielt Steuersenkungen, ließ den Markt ma-

chen und hoffte auf den Aufschwung samt Wachstum, wodurch sich alles regeln würde. Abgesehen von dem zu Beginn der Regierungszeit erfolgreich aufgelegtem Job Aktiv Gesetz für jugendliche Arbeitslose, kam es zu keinen nachdrücklichen Aktivitäten auf dem Arbeitsmarkt. Keinesfalls ging man, was mit „Umbau“ hätte gemeint sein können, an eine andere Bewertung und Organisation der Erwerbsarbeit in unserer hochtechnisierten Informationsgesellschaft, keinesfalls öffnete man Türen oder Fensterchen für eine andere Weise des (Erwerbs-) Lebens und näherte das Sozialversicherungssystem einer sich wandelnden gesellschaftlichen Wirklichkeit an, sondern blieb in traditionellen Bahnen. (Die „Ich-AG“ ist bloß ein zynischer Managerwitz.) Unter dem Schlagwort von der „Globalisierung“, die, gemäß liberaler Doktrin, wie ein Naturereignis hinzunehmen ist, wurde bloß der Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt erhöht. Auch die neuesten Vorschläge ziehen nicht die Wirtschaft zu Verantwortung („Eigentum verpflichtet“), sondern üben Druck auf die Arbeitslosen aus, um sie aus ihrer Statistik zu vergraulen. Dergleichen ist von einer liberal/konservativen Regierung nicht anders zu erwarten. Aber hatte man nicht eine andere, eine neue Mitte gewählt?

Was für eine konservativ/liberale Regierung Normalität bedeuten würde: unveränderte nationale Arbeitslosigkeit, liberale Wirtschaftspolitik und finanzielle Misere, durch Sparmaßnahmen begründeter geringer gesellschaftlicher Gestaltungsspielraum, kriegerische Aktionen in einer globalen wirtschaftlichen Krise: dies sind für eine irgendwie doch noch „linke“ Regierung tragische Rahmenbedingungen. Vermutlich wird in der nächsten Legislaturperiode die Tragödie fortgesetzt. Zweiter Akt.